

(KR/WL)

Heute unter anderem zu diesen Themen:

- Ein Monat Müntefering: Zeit der Rache und Revanche
- Dämonen von links
- Pisa: Die neue Wohlfühlstudie
- Kita-Pflicht statt Herdprämie
- Bundesregierung beschönigt Ausbildungssituation
- Aktionswoche in Frankreich
- Nervengas und Pillen machten Soldaten krank
- Gerhard Henschel: »Die Springer-Bibel«

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Kommentar zu den verzockten Milliarden von Merckle: So nicht!**

Die Debatte, wie stark der Staat in die Wirtschaft eingreifen darf, wird grotesk. Plötzlich werden alle ordnungspolitischen Grundsätze gekippt. Plötzlich reden selbst die größten Lobbyisten der Arbeitgeber dem starken Staat das Wort. Nur weil sie alle an das Geld der Steuerzahler wollen? Deshalb ist schon das Ansinnen ("Ultima Ratio") des baden-württembergischen Landesvaters Oettinger, der Familie mit einer Bürgschaft beizuspringen, im höchsten Maße unanständig. Noch schlimmer: Es sendet das verkehrte Signal an Unternehmer.

Ein starker Staat setzt Regeln. Ein starker Staat verhindert etwa den Renditewahn, in

dem er dafür sorgt, dass die Firmen Puffer für schlechte Jahre aufbauen müssen. Das gelingt durch kluge Bilanzierungsregeln oder etwa durch ein Verschuldungslimit in Relation zum Eigenkapital. So verhindert er die Ausplünderung der Firmen durch die Eigentümer und dämpft das Risiko im gesamten System. Und wenn einmal eine gesunde Firma wegen viel zu riskanter Finanzierung die Pleite droht, verstaatlicht er sie eben vorübergehend. Dafür gibt es gute volkswirtschaftliche Gründe, angefangen vom Erhalt des Humankapitals bis hin zu den negativen Folgekosten der Pleite. Aber eine Bürgschaft für Zocker? Die lässt sich nur für Banken rechtfertigen, deren Pleite ein systemisches Risiko heraufbeschwört, siehe Lehman Brothers. Wenn die Familie Merckle jedoch bankrott geht, juckt das die Volkswirtschaft nicht im Geringsten.
Quelle: [FR](#)

2. **Letzte Chance für lange**

Ohne organisierte Gegenwehr werden die Lohnabhängigen das Gros der Kosten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise tragen müssen. Mit einem Diskussionspapier unter dem Titel »Weiter so – oder Krise als Chance?« hat sich jetzt ein »Arbeitskreis Weltwirtschaftskrise« im ver.di-Landesverband Baden-Württemberg zu Wort gemeldet. Zu den Autoren zählen u.a. der Stuttgarter ver.di-Geschäftsführer Bernd Riexinger und der Wirtschafts- und Tarifexperte des ver.di-Landesbezirks Werner Sauerborn.
Quelle: [Junge Welt](#)

3. **IMK: Konjunkturpaket der Bundesregierung ist zu klein und setzt auf falsche Instrumente**

Das Maßnahmenpaket, mit dem die Bundesregierung Konjunktur und Arbeitsmarkt stützen will, ist unzureichend. Das liegt am zu geringen Umfang ebenso wie an Defiziten in der Struktur des Programms. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. "Ein klug und angemessen geschnürtes Konjunkturpaket könnte durchaus erfolgreich sein. Und glücklicherweise hat der Staat zurzeit [genug finanziellen Spielraum, um konsequent zu handeln](#). Doch jetzt ist die Gefahr groß, dass wir eine wichtige Chance vergeben, die deutsche Wirtschaft vor einer lang anhaltenden Schwächephase zu bewahren", sagt Prof. Dr. Gustav A. Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK.

Siehe zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung noch einmal das [Argumentationspapier der SPD-Fraktion \[PDF - 52 KB\]](#).

4. **IfW: Üppige staatliche Stütze führt zu hoher Arbeitslosigkeit**

Die Sozialpolitik seit Beginn der 70er Jahre dürfte mit verantwortlich für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gewesen sein, lautet das Fazit einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Die Sozialpolitik seit Beginn der 70er-Jahre dürfte mit verantwortlich für den drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verantwortlich gewesen sein. Dies ist das Ergebnis der Studie "Entwicklung des Anspruchslohns in Deutschland" des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, die heute veröffentlicht wird und dem Handelsblatt bereits vorliegt. Die Kieler Experten untersuchten darin die Entwicklung der Lohnersatzleistung im Verhältnis zur Entwicklung der Nettolöhne von 1950 bis heute.

"Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Zeitraum 1970 bis 1997 dürfte von dem Anstieg der Lohnersatzraten beeinflusst sein", fasst IfW-Finanzexperte Alfred Boss die Studie zusammen. In den vergangenen Jahren sei die Abnahme der Arbeitslosigkeit dann von einem relativen Rückgang einiger Lohnersatzzahlungen begünstigt worden.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung KR: *Und nun wird die Arbeitslosigkeit wieder steigen, obwohl die Lohnersatzleistungen auf niedrigem Niveau verharren. Das erinnert doch sehr an die berühmte Scheinkorrelation zwischen Storchenpopulation und Geburtenrate der Menschen. Manchem Institut ist wirklich kein Argument zu dumm, um sich der Kapitaleseite beim Verteilungskampf um das Volkseinkommen nützlich zu machen.*

Dazu passt:

Peinliche Appelle

Vor der Bundestagswahl im Jahr 2005 veröffentlichten mehr als 100 deutsche Volkswirte den sogenannten Hamburger Appell. Er war eine Aufforderung an die Politik mit ihren sogenannten Reformanstrengungen fortzufahren – und sogar noch das Tempo zu verschärfen. Nun ist von den dort genannten "Herausforderungen" wie etwa den drückenden deutschen Arbeitskosten heute nicht mehr die Rede. Eher von schwindenden Einkommen und einem gravierenden Nachfrageproblem. Aber die über hundert Volkswirte, die diesen Appell unterschrieben haben, sollen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Vor allem, wenn manche dieser Volkswirte – wie etwa Thomas Straubhaar vom Hamburger HWWI – heute als Experten für eine Krise auftreten, von der bei ihnen vor drei Jahren noch gar nicht die Rede war. Es lohnt sich also noch einmal einen Blick auf diesen Appell zu werfen.

Quelle: [Blog WEISSGARNIX](#)

5. Der nächste Schock: China

Trotz des gigantischen Konjunkturpakets droht den Chinesen ein wirtschaftlicher Rückschlag. Das könnte der nächste Schock für die Weltwirtschaft werden

Quelle: [FTD](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Was Dennis J. Snower, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW), ausführt, bekommt noch eine andere Dimension, wenn die allmählich bekannt werdenden Einzelheiten zum chinesischen Konjunkturprogramm berücksichtigt werden. Generell ist darauf hinzuweisen, dass es um ein mehrjähriges Programm bis 2010 geht. Snower kommt auf 16 Prozent des chinesischen Nationalprodukts des vorigen Jahres. Bezogen auf das für 2008 zu erwartenden Nationalprodukt kommt man auf 14%. Der Vizechef der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission, Mu Hong, hat nun ausgeführt, dass die Zentralregierung nur 30% von diesen Geldern aufbringen wird. Das wären etwa 4% des diesjährigen Nationalprodukts. Dabei dürften etliche Maßnahmen bereits vor der Krise beschlossen worden sein und werden jetzt vorgezogen. Die restliche Summe des Konjunkturpakets, also der weitaus größere Teil, soll über Kofinanzierungen von regionalen und lokalen Regierungen, Staatsbanken und Privaten aufgebracht werden. Wie das in der Realität funktionieren wird, ist vorsichtig formuliert und durchsichtig – zumal auch auf Venture-Capital und Private-Equity-Firmen gesetzt wird.

Inzwischen wissen wir, dass China auch in die Krise der US-Hypothekenbanken involviert ist. Völlig unklar ist, wie hoch ist die faulen Kredite der chinesischen Banken sind und inwieweit der chinesische Staat hier einspringen muss. Als Ernst & Young 2006 berichtete, dass chinesische Finanzinstitute auf mehr als 900 Milliarden US-Dollar an faulen Krediten säßen, wurde dieser Bericht auf Druck der chinesischen Regierung zurückgezogen. Es ist durchaus vorstellbar, dass von China eher negative Impulse auf die Weltwirtschaft ausgehen können.

6. Wettkampf der Opelretter

Im Vorwahlkampf werden sich alle Parteien zu Opel-Rettern stilisieren und dabei einen gegen die USA gerichteten Nationalkeynsianismus propagieren.

Quelle: [Telepolis](#)

7. Wird die CDU zur Opel-Gang?

Die Politik könnte sich deshalb pragmatisch geben – da die europäischen GM-Töchter für die amerikanische Mutter zu wichtig sind, hängt ihr Überleben von Obamas Zahlungsbereitschaft ab. Solange aus Washington kein klares Signal kommt, GM fallen zu lassen, sollte man daher in Berlin und Wiesbaden die Füße still halten.

Amerikanische Steuergelder werden wohl oder übel auch deutsche Arbeitsplätze sichern. Jeder Euro, der aus dem deutschen Steuersäckel in den GM-Sumpf fließt, wird in Washington mit Freude aufgenommen werden. Wenn man GM retten will, so wird dies am ehesten gemeinsam möglich sein – USA und EU Hand in Hand. Aber wer kassiert die medialen Lorbeeren für eine solche bürokratische Hilfsaktion? Nicht Frau Merkel und nicht Herr Koch, daher werden wohl bis Weihnachten größere Summen deutscher Steuergelder verbrannt werden – schreiben wir sie als Wahlkampfspende für die CDU ab.

Quelle: [Spiegelfechter](#)

8. **Altersvorsorge: Die Eier legende Wollmilchsau**

Neuer Klon aus dem Versicherungslabor: Die Assekuranz glaubt in Sachen Altersvorsorge die Eier legende Wollmilchsau gefunden zu haben. Variable Annuities sind eine neue Form der privaten Rentenversicherung. Die Politik will ihnen in Deutschland flächendeckend den Weg ebnen. Für unabhängige Experten geht damit die “stärkste Deregulierung” der deutschen Lebensversicherung seit 1994 einher. Die Garantien dieser neuen Rentenpolicen sollen derivative Finanzinstrumente absichern. Unabhängige Experten schlagen Alarm.

Quelle: [Manager Magazin](#)

9. **Schlecht und billig: Sparen bei medizinischen Hilfsmitteln**

Ob Rollstuhl, Gehhilfen, orthopädische Schuhe, Windeln für Inkontinente oder Beatmungsgeräte – immer mehr Behinderte und Pflegebedürftige beschwerten sich über Billig-Produkte, die ihnen von den Krankenkassen vorgeschrieben werden. Schuld daran sei das “Wettbewerbsstärkungsgesetz”. Das zwingt die Krankenkassen, nach dem billigsten Anbieter zu suchen. Die Folge sei ein erheblicher Qualitätsverlust, sagen die Kritiker.

Quelle: [ZDF / Frontal 21](#)

10. **SPD: Zeit der Rache und Revanche**

Seit 32 Tagen ist Franz Müntefering neuer SPD-Vorsitzender. Doch der Zustand der SPD ist desolater denn je. Unter Kurt Beck hatte der linke Flügel der Partei das Sagen, nun schlägt der rechte zurück. Die Opfer: Ypsilanti und Annen.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Anmerkung WL: Der Autor Christoph Schwennicke ist seit Oktober 2007 Reporter im Hauptstadtbüro des Nachrichtenmagazins “Der Spiegel”. Er war schon in seiner Zeit bei der Süddeutschen Zeitung als Vorkämpfer für Schröders Agenda-Politik hervorgetreten und ist ein Fürsprecher der rechten SPD-Führungsriege um Steinmeier, Steinbrück, Müntefering, Struck.

Kein Wunder, dass er meint, unter Kurt Beck habe der linke Flügel das Sagen gehabt. Wie sagte doch Kurt Beck: Das ist hanebüchen. Nein hier wird nicht Rache und Revanche geübt, wofür auch? Die Kanalarbeiter in der SPD haben immer schon gemeuchelt, wenn sie nur befürchten mussten, dass jemand nicht nach ihrer Pfeife tanzt. Siehe Clement gegen Ypsilanti, siehe Müntefering und Steinmeier gegen Kurt Beck.

Ergänzende Anmerkung AM: *Darauf weisen wir nur hin, um einmal mehr auf die miserable Qualität des Spiegel aufmerksam zu machen. Wie unwissend muss man sein oder wie geneigt zur Manipulation, wenn man den folgenden Satz hinschreibt: „Unter Kurt Beck hatte der linke Flügel der Partei das Sagen“. Hier ist der Redakteur zum Opfer der eigenen Propaganda vom angeblichen Linksruck der SPD geworden. Bitte nutzen Sie solche Beispiele, um Menschen in Ihrer Nähe vom Abo des Spiegels zu befreien.*

11. Dämonen von links

Die SPD verteuflert die Linkspartei – und schadet sich selbst damit am meisten

Glaubt man den Aussagen vieler SPD-Politiker, dann handelt es sich bei der Linkspartei um eine Ansammlung von Demagogen, Volksverhetzern und Hasardeuren. Oder doch gleich von antidemokratischen Betrügern. Die Vertreter dieser Partei geben haltlose Versprechen, treten populistisch auf und wollen den Bürgern Geschenke machen, die der Staat nie und nimmer bezahlen kann, heißt es.

Man muss die Linkspartei nicht mögen. Schon gar nicht wählen. Aber die derzeitige Dämonisierung der Linkspartei ist nicht nur überzogen, sie schadet vor allem der SPD selber. So zu tun, als ob eine Koalition mit der Linkspartei in etwa so außerhalb des menschlichen Vorstellungsvermögens wie eine Koalition mit der NPD läge, kann man einfach nur als hysterisch bezeichnen.

Quelle: [ZEIT](#)

12. Die neue Wohlfühlstudie

Wir sind wieder wer: Das ist das Fazit, das die Kultusminister aus dem dritten Pisa-Bundesländervergleich ziehen. Schüler aus Sachsen, Bayern und Thüringen zählen demnach nicht nur in Deutschland zur Spitzengruppe, sondern können international mithalten. Innerhalb von sieben Jahren ist der deutsche Pisa-Frust in eine regionale Pisa-Euphorie umgeschlagen. Die Studien dienen nicht mehr nur dem Erkenntnisgewinn, sondern sind nun auch wirksames Mittel zur Selbstbefriedigung.

Quelle: [taz](#)

13. **Bildungsforscher relativiert Pisa-Ergebnisse**

Dem Bildungsforscher Klaus Klemm zufolge ist die Aussagekraft der Pisa-Ergänzungsstudie begrenzt. Stadtstaaten und Flächenländer seien schwer vergleichbar. Soziale Unterschiede der Schüler machen sich laut Klaus besonders beim Leseverständnis bemerkbar.

Quelle: [Focus](#)

***Anmerkung WL:** Wir haben schon lange unsere Kritik am Pisa-Kult geäußert. PISA testet nicht Bildung, denn das geht sowie so nicht. PISA als das Produkt von OECD und den Global Players in der Testbranche führt an der Öffentlichkeit und den demokratisch legitimierten staatlichen Institutionen vorbei einen neuen Bildungsbegriff ein, und der ist funktionalistisch, auf die Bedürfnisse der modernen Industrie ausgerichtet. Die Art von Wissen, die Pisa abfragt, zielt auf rein zweckorientiertes Denken und ökonomische Verwertbarkeit von funktionalem Wissen. Pisa testet Fähigkeiten, die die Schüler nicht oder nicht schwerpunktmäßig gelernt haben, weil sie nicht unmittelbarer Gegenstand des Unterrichts waren.*

Pisa hat allerdings auch Verdienste: Es hat nachgewiesen, dass das Bildungssystem in Deutschland mit zu den sozial selektivsten gehört und dass Schüler dort, wo sie gefördert werden, erfolgreicher sind.

Woran unser Bildungssystem krankt, wissen wir aber auch ohne Pisa. Wenn jetzt unsere Schulen den Schülern die von Pisa abgefragten Kompetenzen besser vermitteln, dann hat sich damit weder die Bildung noch unser Bildungssystem verbessert.

Wer sich dennoch für die Ergebnisse interessiert, findet [hier einen Überblick](#)

14. **Kita-Pflicht statt Herdprämie**

Grund für das gute Abschneiden der ostdeutschen Bundesländer ist ihr geringer Anteil von Schüler mit Migrationshintergrund. Diese in das Schulsystem zu integrieren, ist die zentrale Aufgabe der Bildungspolitik.

Quelle: [FTD](#)

15. **Bayern: "Guten Schülern wird Abitur vorenthalten"**

Pisa nützt, auch wenn die Ergebnisse selten überraschen, sagt Bildungsforscherin Heike Solga: Es sagt uns, dass wir unsere Hausaufgaben nicht machen.

Quelle: [FR](#)

16. **Deutschlands Hochschulsystem wird erneut kritisiert**

In einer Studie des Lisbon Councils kommt Deutschland unter 17 OECD Staaten gerade mal auf den 15. Platz, nur Österreich und Spanien schneiden noch schlechter ab. Bezogen auf die Quote derer, die ein Studium abschließen, wird Deutschland sogar der letzte Platz zugewiesen. Ebenso beim Zugang: In allen anderen Ländern ist die Leistungshürde geringer. Lediglich bei der Attraktivität der Hochschulen für ausländische Studierende liegt Deutschland sehr gut: Auf Platz drei.

Quelle: [studis online](#)

Anmerkung WL: Auch bei dieser Studie des Lisbon Councils ist äußerste Vorsicht angebracht. Gemessen wird dort vor allem nach den Kriterien [Rückzug des Staates](#), [Wettbewerb](#), [Top-Management kontrolliert von einem Aufsichtsrat](#), [Profilbildung](#), [Evaluierung und Akkreditierung](#).

17. **Bundesregierung: Anzahl der Ausbildungsverträge in diesem Jahr gestiegen**

Die Gesamtwirtschaft konnte die Zahl der bisher neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September 2008 gegenüber dem Vorjahr um 9 200 (+ 1,7 Prozent) auf 539 560 Ausbildungsverträge steigern.

Zum Ende des Berufsberatungsjahres 2007/2008 am 30. September waren bei der Bundesagentur für Arbeit noch 19 500 Berufsausbildungsstellen unbesetzt. Ihnen standen noch 14 500 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Damit ist die Zahl der unbesetzten Berufsausbildungsstellen erstmals seit 2001 wieder höher als die der unversorgten Bewerber. Entgegen der Fragestellung ist die Ausbildungsplatzlücke somit rein rechnerisch nicht mehr gegeben.

Quelle: [Deutscher Bundestag \[PDF - 176 KB\]](#)

Anmerkung WL: In der Antwort der Bundesregierung wird nur von „Bewerbern“ gesprochen, das heißt, es werden nur die Schulabgänger erfasst, die tatsächlich nach einer Berufsausbildungsstelle nachgefragt haben. Nach einer Studie der [Friedrich Ebert Stiftung \[PDF - 130 KB\]](#) aus dem Jahr 2007 wechseln allerdings weniger als die Hälfte der Schulabgänger eines Jahrgangs in die duale Berufsausbildung.

Im [Bildungsbericht 2008](#) heißt es: „Trotz aller Erfolgsmeldungen auf dem Lehrstellenmarkt verharret das duale Berufsausbildungssystem auf einem niedrigeren Niveau. Hat dieses System Mitte der 90er Jahre noch 51,2 % der Auszubildenden aufgenommen, so waren es 2006 nur gut 43%. Der Rest landet im Schulberufs- (17%) oder in Übergangssystemen (40%).“

Was ist eigentlich mit den laut [Bundesagentur für Arbeit](#) im Jahr 2007 236.000 „unversorgten“ Altbewerbern?

18. **Aktionswoche in Frankreich**

In Frankreich häufen sich in dieser Woche soziale Proteste. Nach dem Pilotenstreik gegen die Anhebung des Pensionsalters von 60 auf 65 Jahre, der am Montag um Mitternacht enden sollte, folgt ab dem heutigen Dienstag ein unbefristeter Ausstand bei der Staatsbahn SNCF. Ab dem 23. November schließen sich der Bewegung auch die Gewerkschaften CGT, FO, Sud-Rail und CFE-CGC an.

Quelle: [Junge Welt](#)

19. **Nervengas und Pillen machten Soldaten krank**

Weder Psychoproblem noch Stressbewältigung: Das Golfkriegs-Syndrom ist Folge von Nervengasen und prophylaktisch geschluckten Pillen. Das berichtet ein vom US-Kongress beauftragtes Expertengremium – und fordert Millionen für die Suche nach geeigneten Therapien.

“Mehrere Studien weisen übereinstimmend darauf hin, dass das Golfkriegs-Syndrom nicht auf die Kampfhandlungen oder Stress zurückzuführen ist”, schreibt das vom US-Kongress beauftragte Gremium in einem am Montag in Washington veröffentlichten, 450 Seiten starken Papier. “Das Golfkriegs-Syndrom ist real und durch den Kontakt mit Neurotoxinen während des Golfkriegs entstanden.”

Mindestens jeder Vierte der knapp 700.000 Soldaten im Golfkrieg leidet unter dem Syndrom, für das es bis heute kaum Therapien gibt.

Quelle: [Spiegel Online](#)

20. **Gerhard Henschel: »Die Springer-Bibel«**

Es mag auch in den Medien Spiegel, Bravo, manager magazin oder junge Welt Journalisten geben, bei deren Anblick man gern die Straßenseite wechselt, aber nur die sogenannte Rote Gruppe des Springer-Konzerns führt sich so auf, als ob ihr die gesamte Bundesrepublik gehöre, inklusive Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, Bundesbank, Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst und Bundesliga.

Quelle: [junge Welt](#)

21. **Zu guter letzt:**

Die Lösung

Wenn was nicht klappt, wenn was nicht klappt,

dann wird vor allem mal nicht berappt.
Wir setzen frisch und munter
die Löhne, die Löhne herunter –
immer runter!

Wir haben bis über die Ohren
bei unsern Geschäften verloren ...
Unser Geld ist in allen Welten:
Kapital und Zinsen und Zubehör.
So lassen wir denn unser großes Malheur
nur einen, nur einen entgelten:

Den, der sich nicht mehr wehren kann,
Den Angestellten, den Arbeitsmann;
den Hund, den Moskau verhetzte,
dem nehmen wir nun das Letzte.
Arbeiterblut muß man keltern.
Wir sparen an den Gehältern –
immer runter!

Unsre Inserate sind nur noch ein Hohn.
Was braucht denn auch die deutsche Nation
sich Hemden und Stiefel zu kaufen?
Soll sie doch barfuß laufen!
Wir haben im Schädel nur ein Wort:
Export! Export!

Was braucht ihr eignen Hausstand?
Unsre Kunden wohnen im Ausland!
Für euch gibts keine Waren.
Für euch heißt: sparen! sparen!
Nicht wahr, ein richtiger Kapitalist
hat verdient, als es gut gegangen ist.
Er hat einen guten Magen,
Wir mußten das Risiko tragen ...
Wir geben das Risiko traurig und schlapp
inzwischen in der Garderobe ab.

Was macht man mit Arbeitermassen?

Entlassen! Entlassen! Entlassen!
Wir haben die Lösung gefunden:
Krieg den eignen Kunden!
Dieweil der deutsche Kapitalist
Gemüt hat und Exportkaufmann ist.
Wußten Sie das nicht schon früher -?
Gott segne die Wirtschaftsverführer!

Kurt Tucholsky. Gesammelte Werke 9 - 1931. Rowohlt Taschenbuch GmbH. Reinbeck bei Hamburg. 1993. S. 269. (Zur Sicherheit: Diesmal ein echter Tucholsky)

Quelle: notatio.blogspot.com